



Dienstag, 13. Februar 2024, 17:00 Uhr
~17 Minuten Lesezeit

Die Mär vom ehrbaren Kaufmann

Obwohl die Fakten dagegensprechen, sind die meisten Menschen noch immer bereit, Politikern und Konzernlenkern gute Absichten zuzubilligen.

von Henrik Jan Mühlenbein
Foto: SFIO CRACHO/Shutterstock.com

Es ist nicht nur in Zeiten von grün übertünchtem Philantropen-Globalismus, Digital-Diktatur und

heißkaltem Krieg immer das gleiche Phänomen: Milliardenschwere Verluste werden der Allgemeinheit zugewiesen, hohe Gewinne dagegen skrupellos privatisiert. Politik und Verwaltung sind dabei ebenso wie Justiz und Medien anscheinend weder fähig noch willens, unverhältnismäßige Ausgaben systematisch zu überprüfen und Korruptionsfälle aufzudecken, rückabzuwickeln oder gar zu bestrafen. Stattdessen wird kollektiv weggeschaut und einhellig geschwiegen. Es scheint dabei ungeschriebenes Gesetz zu sein, den Glauben an den „ehrbaren Kaufmann“ ebenso wie an die „gemeinwohlorientierte Volksvertretung“ trotz immer neuer Skandale keinen Erschütterungen auszusetzen.

Europapolitisch bewanderten Kritikern der weltweiten

Coronamaßnahmen wurde am 24. Januar 2024 auch noch der letzte Funke Illusion geraubt. Ausgerechnet der slowakische Ministerpräsident Robert Fico kündigte nach seiner Wiederwahl als bisher einziger Staatschef die konsequente Aufarbeitung der von 2020 bis 2022 andauernden Corona- und Impfdiktatur an. Eben jener Fico, der während seiner mit Unterbrechungen über zehn Jahre währenden ersten Amtszeit nicht ein einziges Verfahren gegen korrupte Politiker und Oligarchen seines Landes angestrengt hatte.

Diese Tatenlosigkeit des „sozialdemokratischen Linkspopulisten“ war wenig verwunderlich, da er höchstpersönlich die mafiösen Strukturen mit Verbindungen zur italienischen 'Ndrangheta schuf, die sich daraufhin in der slowakischen Wirtschaft verfestigten. Neben Menschen- und Drogenhandel spielten dabei besonders

Land- und Bauwirtschaft zentrale Rollen. Ungefähr ab 2009 begann die Zeit der großen Selbstbereicherung, als Fico die Slowakei mit EU-geförderten Solaranlagen überzog. Davon versprachen sich die von der Mafia gesteuerten Unternehmen zu Recht exorbitante Gewinne durch überhöhte Strompreise. Beste Kontakte zu Regierungsstellen ermöglichten die Umgehung von Kontrollinstanzen, mithin zu Steuerbetrügereien und Missbrauch der Fördergelder.

Bei der Ermordung des in diesem Sumpf recherchierenden Investigativjournalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová 2018 schien auch Antonino Vadalà involviert gewesen zu sein, der damalige Lebensgefährte von Ficos persönlicher Assistentin Mária Trošková. Doch die zu lebenslanger Haft verurteilten Auftragskiller schwiegen eisern zu ihren Hintermännern. Nichts desto trotz kam es im Anschluss an den Doppelmord landesweit zu Demonstrationen und einer fünfjährigen Fico-Entmachtung.

Der deutsche Matratzenbezugsunternehmer Gerd-Hermann Horst schilderte in einem *Capital*-Interview damals ganz offen die in der Slowakei übliche Vergabe von EU-Fördergeldern unter unmittelbarem Abzug von 24 Prozent Schmiergeld. Trotz einer Vielzahl vergleichbarer Hinweise auf Organisierte Kriminalität und Korruption wurde der Slowakei zugesichert, auch von 2021 bis 2027 wieder über 25 Milliarden Euro aus Brüssel abrufen zu können. An einer EU-kritischen Aufarbeitung der WHO-Corona-Diktatur durch Robert Fico darf also ebenso gezweifelt werden wie an der Wirtschaftskompetenz seines Vornamensvetters im deutschen Regierungskabinett.

Darüber sollte auch die hohe Relevanz seiner Fragen nicht hinwegtäuschen, wie: „Was wissen Sie darüber, wie viele abgelaufene Impfstoffe wir noch haben und wie viel Geld verschwendet worden ist?“ Weiterhin brauche es eine Antwort „auf

die Frage, was es mit den Impfungen auf sich hat, warum die Menschen mit verschiedenen experimentellen Impfstoffen geimpft wurden, ohne dass es irgendwelche Tests gab“.

Fico spielte in seiner Rede auf die zentralen EU-Verträge mit den COVID-Impfstoff-Herstellern an, die laut Entscheidung der EU-Kommission unter Verschluss zu bleiben hatten. So konnten über Preismodalitäten nur Mutmaßungen angestellt werden. Laut Statista gingen Experten davon aus, dass eine BioNtech-Impfdosis die Staatengemeinschaft im Durchschnitt circa 20 Euro kostete. Moderna war sehr viel teurer und Astra Zeneca sehr viel günstiger, beide Impfstoffe wurden jedoch weitaus weniger gekauft und verspritzt.

Da laut *Politico* in der EU mindestens 215 Millionen COVID-Impfdosen vernichtet wurden, ergäbe sich zum BioNtech-Preis Stand heute bereits ein Schaden für die Steuerzahler in Höhe von sicherlich weit über 4 Milliarden Euro. Der tatsächliche Vernichtungswert wird bei Erfüllung der Verträge um ein Vielfaches höher liegen. Laut *Ärzteblatt* liegen in Deutschland die Kosten für die COVID-Impfstoffe von 2020 bis 2023 bei 11,3 Milliarden Euro. Trotz fehlender Nachfrage muss die genstimulierende modRNA-Arznei vertragsgemäß weiter in willkürlichen Variationen und Verunreinigungen abgerufen und größtenteils entsorgt werden.

Interessant sind auch die Kostenprognosen zu den Betrügereien rund um die Corona-Testzentren, die während ihres laufenden Betriebs so gut wie keiner Kontrolle unterlagen. Erst später fielen einzelnen Krankenkassenmitarbeitern durch Zufall Unstimmigkeiten auf. Bei den wenigen Gerichtsverfahren wie gegen einen 38-Jährigen in Köln ergab sich eine scheinbar systematische Quote von 30 Prozent nicht und falsch durchgeführter, aber trotzdem abgerechneter Tests. Auch hier lohnte eine kurze Hochrechnung. Insgesamt wurden von Juli 2021 bis Februar 2023 756 Millionen Tests auf Kosten der Krankenkassen zum Einzelpreis von 11,50 Euro

durchgeführt. Dies führte zu Kosten von 8,7 Milliarden Euro, davon möglicherweise 2,6 Milliarden Euro ohne die angegebene Gegenleistung.

Bekannt wurden ebenfalls Betrugsfälle bei den Corona-Hilfen für Unternehmen. So wurde in Hamburg ein Bandenchef zu zehn Jahren Haft verurteilt. Er hatte mit unzähligen Zombiefirmen achtzigmal unberechtigt insgesamt 12 Millionen Euro beantragt. Insgesamt wurden laut Bundeswirtschaftsministerium „130 Mrd. Euro als Wirtschaftshilfen ausgezahlt mit dem Ziel, den Corona-Schock abzufedern, die Struktur und Substanz der Volkswirtschaft zu erhalten und eine schnelle konjunkturelle Wende zu ermöglichen“.

In den USA erfolgte die gleiche Subventionspolitik. Die US-Behörde für kleine Unternehmen (SBA) vermutete bei den amerikanischen Coronahilfen mehr als 200 Milliarden US-Dollar Betrug, was einer Quote von 17 Prozent entsprach. Dies entspräche in Deutschland circa 22 Milliarden Euro Coronahilfen-Betrug. Fast alle Vergehen werden unaufgeklärt bleiben und der Großteil schon Ende des Jahres 2024 verjähren.

Der Statistiker und Autor Tom Lausen widmete sich mit Walter van Rossum den Betrügereien durch Intensivstationen. Obwohl die Auslastung der Betten laut Divi-Intensivregister eine eindrucksvolle Konstanz aufwies und von den angeblichen COVID-Wellen weitgehend unabhängig war, setzte die Gesundheitspolitik verhängnisvolle und teure Fehlanreize.

Neben der laut Dr. Thomas Voshaar aus Moers deutschlandweit bis zu 50 Prozent den Tod bringenden Intubation der Atemwegserkrankten wurde auch das Betreiben von Leerbetten mit horrenden Kostensätzen vergütet. Auf diese Weise konnte ein Krankenhaus mit 600 Betten bis zu 50.000 Euro Freihaltepauschalen am Tag kassieren.

Laut den Krankenkassen nahmen diese Gelder 977 Krankenhäuser in Anspruch. Das Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) gab nach eineinhalb Jahren ausbleibender Patientenüberlastung an, knapp 22 Milliarden Euro Corona-Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser ausgezahlt zu haben, die allein durch permanente Quarantänisierung und Impfnötigung des eigenen Personals in den Notstand versetzt wurden.

Der laut seiner Ex-Frau manisch auf „Geld und Karriere“ fixierte Coronapate Karl Lauterbach zeigte keine signifikante Lernkurve, als er viele Jahre nach seinen desaströsen „Wissenschaftsstudien“ über das lebensgefährliche Lipobay der Bayer AG erneut völlig unzureichend geprüfte Pharmainnovationen auf allen ihm sich bietenden Kanälen bewarb. Er konnte dabei auf seine Jünger in den korrumpierten Apotheken zählen, die ihm – selbstredend gratis – ohne Zögern 560.000 Therapieeinheiten „Paxlovid“ abnahmen, die sie laut investigativen Recherchen teilweise für bis zu 2.000 Euro pro Packung auf dem internationalen Schwarzmarkt verkauften. Ähnlich rücksichtslos und intransparent bereicherten sich einige von ihnen auch im Rahmen von Maskenausgaben, Test- und Impfdienstleistungen.

Die hiesigen Ärzte verschrieben Lauterbachs „Gamechanger“-Arznei hingegen kaum. Somit waren 440.000 Packungen vom Bund zu entsorgen, da ihre Haltbarkeit bis Ende Januar beziehungsweise Ende Februar 2024 befristet war. Brisant: Der Bund in Person von „Big Pharma-Karl“ hatte laut Recherche der *Tagesschau* sage und schreibe 650 Euro Steuergeld pro Packung gezahlt. So landeten summa summarum 286 Millionen Euro direkt in der Mülltonne.

Einen dystopischen Ausblick auf Möglichkeiten der digitalen Massenüberwachung, Ausgrenzung und Echtzeit-Panikmache bot die „Corona-Warn-App“. Sie hatte den Bund bis zu seiner Abschaltung laut eigenen

Angaben rund 214 Millionen Euro gekostet. Eine einzige Angst und Schrecken verbreitende Push-Nachricht kostete den Steuerzahler 18 Euro.

Aus Sicht des erneut vollends geschöpften Bürgers wirtschafteten in der Coronapanik nicht nur Bund und Länder, sondern auch Kreise und Städte desaströs. Damit ein landesweiter Aufschrei ausblieb, ermöglichte es die kommunale Finanzgesetzgebung, die Coronaausgaben still und heimlich, wie später auch die Ausgaben für Ukrainegefährtinge, in einen Schattenhaushalt auszulagern, der über 50 Jahre hinweg auszugleichen sei. Es ging auf kommunaler Ebene vor allem um die Anmietung von zentralen Immobilien für Impfbzentren und deren Betreuung sowie um die Beschaffung von Tests und Masken.

Dabei kam es zu einigen öffentlichkeitswirksamen Verstrickungen zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Wie immer in solchen Fällen war von Seiten des Staates ein Exempel zu statuieren. Dieses Mal traf es die lebenslustige, von ihrem Vater korruptionsgenetisch vorbelastete Andrea Tandler und ihren Partner Darius Nodjoumi, die gemeinsam für die Firma Emix aus der Schweiz im Sinne der deutschen Volksmaskierung tätig wurden. Sie strichen für die Vermittlung von Aufträgen circa 50 Millionen Euro an Provisionen ein, übrigens mithilfe der Tochter von Franz Josef Strauß als Mittelsfrau.

Dies allein war und ist in der Korruptionsrepublik Deutschland selbstverständlich kein Verbrechen. Der Fehler des Paares lag jedoch darin, dass sie ihre einmalig hohen Einkünfte falsch versteuerten und deshalb jeweils ungefähr vier Jahre in Haft mussten. Alle anderen mutmaßlichen CDU/CSU-Maskenprofiteure mit so schillernden Nachnamen wie von der Leyen, Laschet, Sauter, Nüsslein oder Spahn agierten wohl professioneller. Jedenfalls blieben sie auf freiem Fuß.

Der Autor empfand es aufgrund der überall stattfindenden Selbstbereicherung als Bürgerpflicht, eigene Nachforschungen zu den Coronaausgaben seiner kommunalen Verwaltung anzustrengen. Von ihm angesprochene Kreishaus-Mitarbeiter berichteten offen, dass die ansässigen Krankenhäuser Anfang 2020 regelrecht in Panik verfielen. Sie baten verzweifelt um eine zentrale, sofortige Beschaffung von Schutzmaterialien möglichst hoher Gütestandards. Als diese dann aber völlig überteuert eintrafen, hatten sie bereits eigene Beschaffungswege gefunden und verweigerten die nur mündlich zugesicherte Abnahme. Der Rheinisch-Bergische Kreis blieb somit auf den Kosten sitzen und musste letzten Endes circa 30 Millionen Euro Coronakosten in den Schattenhaushalt verschieben.

In dieser Anfangsphase der Massenhysterie tat sich besonders das Unternehmen Anton Gerl GmbH aus Köln als hochpreisiger Lieferant von Notfallmaterialien hervor. Es verkaufte Waren im Wert von 5,33 Millionen Euro an den Kreis. Die genaue Menge und Güte der Artikel blieben der Öffentlichkeit unbekannt. Nur unter der Drucksachen-Nummer KT-10/0199 musste der Kämmerer dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beteiligungen über erhebliche überplanmäßige Aufwendungen in der Produktgruppe Gesundheit berichten, die das eigentlich bereits äußerst großzügig geplante Budget überstiegen und somit politischer Zustimmung bedurften.

Kostenbezeichnung

Betrag

Corona-Schutzausrüstung

1.270.453,58 €

Mund- u. Nasenmasken 20.000 Stück Gerl. Dental

1.059.100,00 €

Atemschutzmasken 200.000 Stück

1.785.000,00 €

Besucherkittel 180.000 Stück Medprodukt

207.774,00 €

Miete für Zur Kaule 1 11/20

14.558,92 €

Miete für Zur Kaule 1 10/20

14.558,92 €

Summe

4.351.445,42 €

| <i>Kostenbezeichnung</i> | <i>Betrag</i> |
|---|-----------------------|
| | |
| <i>Corona-Schutzausrüstung</i> | <i>1.270.453,58 €</i> |
| <i>Mund- u. Nasenmasken 20.000 Stück Gerl. Dental</i> | <i>1.059.100,00 €</i> |
| <i>Atemschutzmasken 200.000 Stück</i> | <i>1.785.000,00 €</i> |
| <i>Besucherkittel 180.000 Stück Medprodukt</i> | <i>207.774,00 €</i> |
| <i>Miete für Zur Kaule 1 11/20</i> | <i>14.558,92 €</i> |
| <i>Miete für Zur Kaule 1 10/20</i> | <i>14.558,92 €</i> |
| | |
| <i>Summe</i> | <i>4.351.445,42 €</i> |

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Laut Niederschrift gab es von keiner Partei auch nur eine einzige Nachfrage, obwohl diese auf der Hand lagen:

- 1 Was ist unter einer Corona-Schutzausrüstung zu verstehen und weshalb fehlt in dieser Zeile die zugehörige Mengenangabe?
- 2 Welche weiteren Angebote lagen dem Kreis vor, als er sich für die Masken mit den beiden Preisen von 52,96 Euro und 8,93 Euro pro Stück entschied oder handelte es sich in diesen Zeilen um Tippfehler?
- 3 Warum ist nur in einer Zeile ein Lieferant aufgeführt?

Es ließen sich auch Fragen zu den horrenden Monatsmieten des Impfzentrums oder der Sicherstellung einer lückenlosen

Verbrennung des kontaminierten Plastiksondermülls stellen. Letzteres wäre bedeutsam, hatte doch ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums ausführlich über die herausragenden Brenneigenschaften im Rahmen der thermischen Verwertung referiert. Wenn es schon in den deutschen Häusern aufgrund überteuerter Heizkosten immer unangenehmer kalt werden musste, konnte so wenigstens die hiesige Atmosphäre mit der Verbrennung von Coronaplastik kurzzeitig abgemildert werden. Ein wenig Strom und ein paar tausend Euro von den Müllverbrennungsanlagen fielen erfreulicherweise auch noch ab.

Es wäre alles erheiternd, hätte der Bundesrechnungshof den Schaden durch die Überbeschaffung von 5,8 Milliarden Masken allein auf Bundesebene für den Steuerzahler nicht bereits Mitte 2021 genau beziffert. Es ging um schmerzhaft 6,3 Milliarden Euro.

Zugleich wurde bereits damals eine regelrechte Klagewelle der Maskenlieferanten befürchtet. Im Januar 2024 handelte es sich dabei tatsächlich um einen offenen Streitwert von 1,44 Milliarden Euro. Aufgrund der Eindeutigkeit der Verträge wird sich durch auszuhandelnde Vergleiche nur wenig reduzieren lassen. Anstatt aber den Verursacher dieses Beschaffungssirrsinns Jens Spahn öffentlich vorzuführen, hielt sein Nachfolger Lauterbach alle Informationen strengstens geheim. Der Volksmund munkelte: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.“

Den deutschen Meistertitel im überteuerten Handel mit China-Plastikbilligmasken sicherte sich eindeutig das Unternehmen Fiege-Gruppe aus Westfalen. Zwischen Februar 2020 und Februar 2024 flossen in Zusammenhang mit der Beschaffung von Masken laut Bundesgesundheitsministerium rund 859 Millionen Euro Steuergeld an Fiege, sodass der dortige Umsatz auf weit über 2 Milliarden Euro pro Jahr gesteigert werden konnte.

Da Wikipedia in zensurirrelevanten Artikeln auffallend oft zitiert

wird, geschieht dies auch hier: An die Fiege-Gruppe erfolgte die Auftragsvergabe „nicht nach öffentlicher Ausschreibung, sondern direkt an das Unternehmen, das im Nachbarkreis der Heimat des damaligen Bundesgesundheitsministers Jens Spahn sitzt. Das Unternehmen organisierte unter anderem den Transport von Masken aus China nach Deutschland und stellte ein Zentrallager zur Verfügung (...) Hugo Fiege sitzt im Vorstand des Wirtschaftsrats der CDU“. Dieser Vorstand konnte dann mithilfe der üppigen Steuermittel durch Kenza Ait Si Abbou verstärkt werden, einer fundamentalistischen Propagandistin der künstlichen Intelligenz und Robotik, sprich der transhumanistischen Agenda.

Von international agierenden Apologeten der Menschheitsoptimierung zurück zur kommunalen Ebene und dem einzigen Lieferanten, der in der genannten Niederschrift aufgeführt war. Bemerkenswert war schon die Nennung der Marke „Gerl Dental“ statt der eingetragenen Firma „Anton Gerl GmbH“. Die Vermutung drängte sich auf, dass die Marke wie eine etwas kryptische Abkürzung wirken und sicherlich den ein oder anderen kommunalen Hobbypolitiker mit zeitlichen Engpässen von einer kurzen Recherche in Eigenregie abhalten sollte.

Der Kreisdirektor sah auf mündliche Anfrage des Autors keine Veranlassung, die Übervorteilung seiner Behörde durch die Lieferanten aufzuarbeiten, da es sich eben um eine absolute Krisensituation handelte. Er forderte auch von Kritikern uneingeschränktes Verständnis.

So blieb nur der Anruf im Vorstand der Anton Gerl GmbH. Dorthin wurde zügig durchgestellt. Das Vorstandsmitglied war freundlich, sah sich aber nicht verpflichtet, darüber Auskunft zu geben, ob den Aufträgen im Wert von über 5 Millionen Euro überhaupt Ausschreibungen zugrunde lagen und wie viel Gewinn Gerl in dieser Notlage an einer Maske erzielen konnte. Die Bitte, das jährlich circa 2,5 Millionen Euro Verlust erzielende kommunale Krankenhaus

Wermelskirchen im Sinne einer Kompensation mit Sachspenden zu entlasten, wurde umgehend abgeschlagen. Über Spenden entscheide der Gerl-Vorstand höchstpersönlich. Eine transparente Kommunikation mit der Öffentlichkeit sei selbstverständlich ein wesentliches Leitziel des Unternehmens, ein einzelner Bürger repräsentiere aber eben nicht die gesamte Öffentlichkeit. Ferner wurde dem Anrufer empfohlen, die Betriebsergebnisse der Anton Gerl GmbH zu studieren, falls er einer angemessenen Preiskalkulation misstrauen würde.

Auch wenn jeder Buchhalter weiß, dass knappe Betriebsergebnisse nichts mit knappen Preiskalkulationen zu tun haben, sind die Fakten von Northdata tatsächlich interessant, wenn man sich die Entwicklung der Anton Gerl GmbH zwischen 2019 und 2021 anschaut. Der Umsatz konnte von 170 auf 277 Millionen, die Bilanzsumme von 39,3 auf 50,9 Millionen und der Gewinn von 1 Million auf 4,7 Millionen gesteigert werden. Da eine GmbH die restlichen Daten stets streng geheimhält, braucht über den Umfang möglicher Privatentnahmen der Eigentümer während dieser Zeit nicht spekuliert zu werden. Es werden in jedem Fall wunderbare Jahre für das stolze Unternehmen von Dr. Henning und seinen Vater Jürgen Richter mit weit über 600 Mitarbeitern gewesen sein. Im Ranking „Die größten deutschen Familienunternehmen“ auf Platz Rang 2059 geführt, werden sicherlich auch zukünftig Zahnkliniken und Zahnarztpraxen mit über 100.000 Produkten und „Alles aus einer Hand“-Dienstleistungen von 22 Standorten aus zuverlässig hochpreisig versorgt werden können.

Die Corporate Social Responsibility wird dabei auch weiterhin groß geschrieben und primär im Sinne einer eines Tages angestrebten CO₂-Neutralität und der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele verstanden. Das soll heißen, dass sich laut eigener Internetpräsenz dem Schutz von 100.000 Quadratmeter Wald in Westkanada verpflichtet wurde. Dieses öffentlichkeitswirksame Greenwashingprojekt wurde durch die Stiftung „Wilderness International“ in Dresden ermöglicht.

Hierbei handelt es sich um eine Stiftung, die ähnlich wie die Gates-Stiftung sowohl in Kanada als auch neuerdings in Dresden Land kauft, um es ansprechend zu bepflanzen. Für die „Landraubkampagne“ kassiert die Stiftung jährlich Spenden in Millionenhöhe.

Mit dem Geld erfüllt sie dann den hauptsächlichen Zweck dieser unzähligen grünen NGOs unserer Zeit: Wilderness International wendet sich an die junge Generation, um sie für Umweltprobleme unserer Zeit „zu sensibilisieren“. Mit der Organisation und Durchführung spannender Wildnisläufe werden Jugendliche emotional angesprochen. Außerdem werden Schulgärten und grüne Klassenräume promotet und angelegt. Anschließend erfolgt eine strenge Auswahl überzeugter Multiplikatoren im Alter zwischen 15 und 17 Jahren.

Die exklusiven Rekruten dürfen sich stolz „Wisdom Seekers and Knowledge Keepers“ nennen und haben die Möglichkeit, mit der Stiftung Wilderness International die Gebiete zu bereisen, die sie so fleißig geholfen haben zu schützen. Durch die Natur- und Kulturerfahrung in Kanada sollen sie ihren Blick auf die Welt und ihr Verständnis für das fragile Ökosystem erweitern. Während des Aufenthaltes in Kanada arbeiten sie mit einem internationalen Forscherteam zusammen an eigenen Forschungsprojekten. In Deutschland halten sie dann Vorträge und erstellen öffentliche Ausstellungen. Ein Schelm, wer hier Parallelen zu den Young Global Leaders und Shapers des WEF erkennen möchte.

Es bleibt die Frage: Wer hat sich 2008 bereits dieses weitverzweigte Netzwerk zwischen vorgeblichem Naturschutz in weit entfernten Regionen, grüngewaschenen Privatunternehmen und öffentlichem Sektor ausgedacht? Hierbei handelt es sich um Ellen Weiland, damals an der Steinbeis Hochschule in Berlin auf ihrem Weg zum Master, anschließend Senior Information Analyst bei McKinsey in der Schweiz und heute hochdotierte Referentin für Nachhaltigkeit

des ostdeutschen Sparkassenverbandes. Hier hält sie aktuell Vorträge zu umweltbezogenen, sozialen und diversen Kriterien der kommunalen Projektförderung. Kurz gesagt entscheidet diese Dame über existenzielle Fragen wie: In welche ostdeutsche Projekte und Unternehmen wird investiert und in welche nicht?

In der heutigen Zeit scheint es ein entscheidender Wettbewerbsvorteil zu sein, Personen wie Ellen Weiland sehr gut zu kennen und sich ihren NGOs nachhaltig und großzügig erkenntlich zu zeigen. So gerät man als Unternehmen in ein Netzwerk, welches einem in regelmäßigen Abständen interessante neue Projekte, öffentliche Aufträge und bei Bedarf gute Kreditkonditionen bieten kann.

Es wird ein Rätsel bleiben müssen, ob die Anton Gerl GmbH ohne ihre McKinsey- und Wilderness International-Kontakte in den Genuss der vielen Maskenaufträge gekommen wäre und welche weiteren Kontakte dabei eine Rolle gespielt haben könnten. Dass die Preise marktüblich gewesen sind, also wie die meisten Zahnarzt- und Kieferorthopädenrechnungen unverschämt überteuert, bleibt unstrittig.

Um vom branchen- und betriebsimmanenten Wucher abzulenken, sieht sich die Anton Gerl GmbH unter der PR-Topline „Gerl4Elements“ auch zukünftig verpflichtet, „Gesundheit, Hygiene, Ökologie und Ökonomie zum Wohle heutiger und zukünftiger Generationen zu verbessern“.

Dies konkretisiert sich in intransparenten Geld- und Sachzuwendungen an eine Schule in Ghana, an schulische und gesundheitliche Infrastrukturen in den peruanischen Hochlanden und an eine Zahnklinik im Flüchtlingslager „Vial auf der griechischen Insel Chios, die mit allem ausgestattet ist, was für chirurgische, konservierende und endodontische Behandlungen notwendig ist“. Bei diesen vorbildlichen, sicher bis in die Spitze der WHO auf große

Bewunderung stoßenden Gerl4Elements-Projekten bleibt verständlicherweise weniger als nichts für deutsche Kommunen und ihre gebeutelten Kliniken übrig, die sich vom Kölner Zahnarztgroßhändler „während Corona“ reihenweise über den Tisch ziehen ließen.

Das Fazit dieses Artikels kann nur lauten, dass ein Ende der rücksichtslosen Korruption auf Kosten der Allgemeinheit nicht in Sicht ist. Die Menschen nehmen die Skandale schweigend hin. Offensichtlich waren kapitalistische Systeme in ihrer jahrhundertealten Propaganda erfolgreich, der Bevölkerung ein selbstzerstörerisches Übermaß an Respekt vor dem Erfolg selbstständiger Unternehmer einzupflegen.

In „God’s Own Country USA“ betitelten sich diese stets voller Inbrunst „Self Made Entrepreneurs“. Der Verklärung ihrer Leistungen lag auch in Deutschland das fiktive Modell des „ehrbaren Kaufmanns“ zugrunde, welches bis heute zum Curriculum des Studiums der Betriebswirtschaftslehre gehört. Hierbei sollte fachliches Wissen vermittelt und zugleich ein Charakter gebildet werden, der sich an Tugenden zu orientieren hat, die die Wirtschaftlichkeit fördern. Darunter werden nicht weniger als „Redlichkeit, Sparsamkeit, Weitblick, Ehrlichkeit, Mäßigung, Schweigen, Ordnung, Entschlossenheit, Genügsamkeit, Fleiß, Aufrichtigkeit, Gerechtigkeit, Reinlichkeit, Gemütsruhe, Keuschheit und Demut“ subsummiert.

Dieser Volkstäuschung durch den Geldadel kam besonders die Legitimierung aus Rom zupass. So erklärte bereits 1891 Papst Leo XIII in der Enzyklopädie „Rerum Novarum“ („Über die neuen Dinge“) das moderne, grenzenlose Privateigentum ebenso wie das zumeist ausbeuterische Lohnarbeitsverhältnis im Kapitalismus mit der christlichen Liebe und Gerechtigkeit vollkommen vereinbar. Das Erzbistum Köln zog 1927 in der Ära Adenauer nach und empfahl den Gläubigen die devote Betätigung in der kapitalistischen Wirtschaft,

da sie „gottgewollt und tugendgemäß“ sei.

Der sich unablässig weiter verdichtende Filz aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft hat diesem moralischen Freifahrtschein viel zu verdanken. Auch wenn Deutschland auf der Ebene von unteren Behörden und Kleinunternehmen noch rechtschaffener sein mag als andere Länder, hat es aus finanzieller Sicht mit Sicherheit die größten Korruptionsskandale der Weltgeschichte aufzuweisen. Man denke nur an Dieselabgas-Skandal, Maut-Skandal, Wirecard-Skandal, CumEx-Skandal et cetera.

Gründe und Lösungsansätze für diese epidemische Plage beschrieb der Philosoph und Publizist Dr. Werner Rügemer in seinem Buch „Colonia Corrupta“ ausführlich. Er führte unter anderem aus, dass der Gesetzgeber den Bereich der korruptiven Handlungen eindeutig zu eng fasst. Unter Abgeordnetenbestechung fällt nämlich nur das gekaufte Stimmverhalten in einer bestimmten bevorstehenden Abstimmung im Parlament.

Dagegen führen Beraterverträge, Annahme von kleinteiligen Spenden ohne Zweckbestimmung, Mehrfacheinkommen ohne berufliche Gegenleistung und das Führen schwarzer Kassen so gut wie nie zu Ermittlungen oder Strafen. Es wurde von Justizseite dazu stets argumentiert, dass für viele Fehlleistungen im Geschäftsleben das Zivilrecht ein geeignetes und hinreichendes Wiedergutmachungs- und Ahndungsinstrumentarium darstellt, sodass es des „scharfen Schwerts“ des Strafrechts nur in seltensten Fällen bedürfe.

Vielfach wird auch heute noch resigniert geseufzt, Korruption könne man nie abschaffen, sie liege im Wesen der Menschen, deshalb müssten letztlich alle Gesetze erfolglos bleiben. Es ist eigenartig, dass diese Sichtweise vorzugsweise in wohlhabenden Kreisen vorherrscht, die ansonsten jede Form der Kriminalität gnadenlos zu verfolgen suchen. Dabei sind Körperverletzung, Raub,

Mord, Totschlag und Vergewaltigung offensichtlich auch nicht gänzlich abzuschaffen. Die Gemeinschaft besteht aber zu Recht auf ihrer konsequenten Bestrafung.

Korruption ist darüber hinaus im Unterschied zu Gewaltdelikten meist viel weniger eine Affekthandlung, sondern wird gewerbsmäßig betrieben, und gerade diese Form ist gemeingefährlich und gemeinwohleretzend. So appelliert Dr. Rügemer am Ende seines Buches zu Recht: Wer als mündiger Bürger nicht bereit ist, die Verbrechen der Korruption mit Macht und Überzeugung zu benennen und „zu bekämpfen, sollte von Menschenrechten, von Rechtsstaatlichkeit und Demokratieverteidigung besser schweigen“.



Henrik Jan Mühlenbein, Jahrgang 1977, schreibt seit den späten Neunziger-Jahren Texte. Als Mitglied der seinerzeit weithin bekannten Hip-Hop-Band „Lyroholika“ war er Anfang der 2000er-Jahre fester Bestandteil der hiesigen Szene. Nach der Auflösung der Gruppe wandte er sich neben Solo-Projekten dem Bildungssektor zu, wo er bis heute beruflich tätig ist. Er kommentiert zudem als Autor die Alternativlosigkeit von Zeitenwende und technokratischer Transformation. Dabei versucht er, den Glauben an Gott, die Reformierbarkeit der Fassadendemokratie, eine Ordnung ohne Herrschaft und natürlich den musikalischen Durchbruch nicht zu verlieren.